Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 301 | Freitag, den 29. Dezember 1922 | 17. Jahrgang

oincaré bleibt immer derselbe.

Die Reparationskommission stellte in ihrer Sitzung am Mittwoch einstimmig fest, daß Deutschland die für 1922 vorgesehenen Holzlieferungen nicht vollständig ausgeführt hat. Die Kommission beschloß ferner mit Stimmenmehrheit gegen die eine Stimme des englischen Delegierten, daß diese Nichtausführung eine Verfehlung im Sinn des § 17 Anner 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles darstelle. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten ferner, die alliierten Regierungen an die Bestimmung der Reparationsnote vom 21. März zu erinnern, wonach Deutschland, wenn es innerhalb der geforderten Grenzen die Sachlieferungen nicht zur Ausführung bringt, am Schluß des Jahres 1922 gehalten sein soll, entsprechende Zusatzzahlungen in bar zu leisten.

Hier war wieder einmal der Wunsch der Vater des nkens. Die Folgen einer „vorsätzlichen" Verfehlung nen nämlich in zweierlei Dingen bestehen: entweder Ergänzungszahlungen in gleicher Höhe wie die Fehlge in Sachlieferungen, oder aber in wirtschaftlichen r- und Vergeltungsmaßnahmen. Daß es Frankreich t um das Geld zu tun ist, ist klar; um so mehr um Sanktionen. Mit rastlosem Eifer hat sich Herr incare seit Monaten bemüht, eine „schulde" Verfehlung Deutschlands ausfindig zu hen und feststellen zu lassen. Und nun schien es diegerissenen Advokaten endlich, wenige Tage vor der iser Konferenz, geglückt zu sein, aus einer wirtschaftn Frage eine politische Waffe zu schmieden und daauf die Konferenz nicht nur einen entscheidenden f auszuüben, sondern sie sogar in gewissem Sinne vollendete Tatsachen zu stellen. Damit war dann die osphäre geschaffen, die Frankreich notwendig zur Erhung seiner Pläne braucht, und zudem ein juristischer wand für den Plan einer wirtschaftlichen Besitzlung der Ruhr. Das war ganz offenbar der Zweck er Holzaktion.

Nun hat freilich die Reparationskommission, in der auch Italien auf die Seite Frankreichs geschlagen Herrn Poincare diesen Gefallen nicht erwiesen. Die e der Repko, die indessen in Berlin eingetroffen ist, cht entgegen der von Havas verbreiteten Darstellung Wort von einer „vorsätzlichen" Nichterfüllung, sonn nur von einer einfachen Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch Deutschland im Sinne § 17 des Friedensvertrages. Der Jubel der nationalistischen französischen Presse war also eitel Schaumlägerei, und der Triumph des französischen Ministersidenten sehr verfrüht. Denn gegenüber einer einchen Nichterfüllung Deutschlands wird von „Sanktionen" trotz Herrn Poincare wohl kaum die Rede sein nnen, um so weniger, als das Reichsministerium für eberaufbau in einer umfangreichen Darstellung nachist, daß die deutsche Reichsregierung mit Unterstützung r Länder und der deutschen Eisenindustrie die ernstichen Anstrengungen gemacht hat, ihren Verpflichtungen stgemäß nachzukommen, und auch jetzt noch glaubt, mit lfe einer Verlängerung der Lieferungsfrist bis zum 1. ril 1923 sie restlos erfüllen zu können. Der angeche Sieg der französischen Thesen erweist sich also als n Scheintriumph, und wird auch in England als das würdigt, was er ist: nämlich ein französisches Manöver, um Deutschland vor dem Beginn der Pariser Verhandlungen ins Unrecht zu setzen, es mit einem Vertrag gen den Vertrag zu belasten und damit die Möglichkeit neuer Sanktionen zu schaffen. Dabei ist Herr Poincare in seinem Eifer über das Ziel hinausgeschossen. Es war denn doch zu dumm und deutlich, als ß sie nicht von den übrigen Alliierten und nicht zuerst auch von Amerika durchschaut werden wäre. ist denn doch ein sachlich unmittelbares Mißverhältnis, wenige Tage, bevor die Gesamtregelung des Reparationsproblems versucht werden soll, Deutschland noch gegen einer angeblichen Holzlieferung feierlich einer Vertragsverletzung zu zeihen und mit schweren Strafen bedrohen. Allein dieser Wunsch der Herren Poincare war und ist es auch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, nämlich zu dem der Rechtfertigung seiner Sanktions- und Ruhrpläne.

Diese auf die Zerstückelung und wirtschaftliche Versklavung Deutschlands gerichtete Absicht hielt bei dem französischen Ministerpräsidenten stets das Primäre, wenn er auch noch in seiner letzten Senatsrede diese Behauptung „eine schreckliche Verleumdung" genannt hat. Zwar hat erst neulich Herr Hubert Lagardelle in einem ausgezeichneten Artikel nachgewiesen, daß die französische Regierung in den Verhandlungen des Februar 1919 hartnäckig auf Unterjochung des Rheinlandes mit Hilfe einer Selbständigkeitserklärung gedrungen hat; aber in Frankreich wurde das totgeschwiegen. Jetzt erscheint ein neuer Zeuge für die Vernichtungspläne Frankreichs. Im „Berliner Tageblatt" legt Theodor Wolff genau nach einem Jahre seine Enthüllungen aus den Depeschen Iswolskis, des russischen Botschafters in Paris bei Kriegsausbruch, fort und erbringt neues erdrückendes Beweismaterial über die wahren Ziele des französischen Militarismus und Imperialismus. Damals war Poincare Präsident der Republik, Viviani Ministerpräsident und Delcasse Außenminister, alle auf der Flucht vor den deutschen Hexen in Bordeaux. Unter dem 30. September 1914 berichtet Iswolski an den russischen Außenminister Sasonow, zweifellos in voller Uebereinstimmung mit dem Premierminister und dem Präsidenten der Republik: „Das hauptsächlichste Ziel Frankreichs besteht darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens so viel wie möglich geschwächt wird. Man muß die Sache so machen, daß die einzelnen deutschen Staaten hieran selbst interessiert sind." In einer Fortsetzung dieses Telegramms heißt es u. a.: „Hierbei berief sich Delcasse auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bat inständigst, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Wünsche und Forderungen Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des notwendigen Wunsches, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten. Selbstverständlich fordert er auch Geldmittel für Propaganda dieser Idee in der französischen Presse. Hier liegen also dokumentarische Beweise für die „lächerliche Verleumdung", daß Deutschland ruiniert werden solle, vor, indem im tiefsten Frieden des Jahres 1913 in Petersburg bereits Verhandlungen über die Verteilung der Beute stattgefunden haben. „Das größte Verbrechen der Weltgeschichte", das Deutschland in die Schuhe geschoben wurde, ist also von diesen Heuchlern schon im Jahre 1913 erhofft und vorbereitet worden. Wenn Herr Poincare nicht eine so eiserne Stirn hätte und ein sammtisch verbohrter, in seine imperialistische Raubgedankenwelt verbissener Kauz wäre, so müßte ihm angesichts dieser Stimme eines Toten bei seiner Gottähnlichkeit bange werden.

Die deutschen Verfehlungen.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Von Vertretern der Reichsregierung sind der Reparationskommission über die Frage der Ausfälle in den Holzlieferungen des Jahres 1922 Erklärungen abgegeben worden, aus denen folgendes hervorzuheben ist: Die deutsche Regierung erhielt am 6. Dezember 1921 auf mehrfache Anfragen die erste vorläufige mündliche Mitteilung über die voraussichtlichen Anforderungen der alliierten Länder. Obwohl eine formelle Anforderung der Reparationskommission noch nicht vorlag, hat der Reichskommissar bereits am 15. Dezember 1921 mit Vertretern der Staatsforsten und des privaten Waldbesitzes, sowie den Sachverständigen die Aufbringungsmöglichkeit geprüft. In der sachverständigen Besprechung mit der Reparationskommission am 10. Januar 1922 gab Frankreich seine Schnittholzforderung nicht bekannt. Die Protokolle über die Sitzung mit den Spezialkommissaren gingen dem Reichskommissar erst Ende Januar zu und bedurften noch mehrerer Rückfragen. Die endgültigen Forderungen sind der deutschen Regierung erst am 31. März und über die englischen Lieferungen am 20. April zugegangen.

Trotz des ihm vorliegenden ungenügenden Materials hat der Reichskommissar bereits um Mitte Januar vorsorglich die Vorbereitungen getroffen, um die Durchführung der Lieferungen zu sichern. Bereits am 11. Februar wurden die ersten Verdingungsunterlagen veröffentlicht und als Einreichungstermin für die Angebote der 27. Februar bestimmt. Bereits vorher waren die Regierungen der Länder aufgefordert worden, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die geforderten Holzmengen für die Reparationslieferung zur Verfügung gestellt würden, wozu sie sich auch ausdrücklich bereiterklärten. Das Ergebnis der vom Reichskommissar veranlaßten Ausschreibung brachte keine volle Deckung der gestellten Anforderungen, sodaß er sich genötigt sah, auf dem Wege des freihändigen Ankaufs im freien Handel den Abschluß weiterer Verträge zu tätigen, was auch nicht sofort zur vollen Aufbringung führte. In den Lieferungen, die sich zunächst ordnungsmäßig zu entwickeln schienen, trat infolge der im Monat Juni beginnenden starken Senkung der Mark plötzlich ein schwerer Rückschlag ein, der alle Berechnungen über den Haufen warf und die Lieferungen zum Stocken brachte.

Unerfüllbare Holzforderungen der Entente.

Zu der Feststellung einer deutschen Verfehlung in der Frage der Holzlieferungen wird von Berlin aus bemerkt, daß die deutschen Vorstellungen bei der Reparationskommission über die ungeheuerlich hohen Forderungen der Entente an Holz offenbar fruchtlos verlaufen sind. Es wurde schon damals darauf hingewiesen, wie außerordentlich hoch die Anforderungen der Entente in diesem Jahre gespannt worden sind, obwohl von deutscher Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, daß wir als ein holzeinführendes Waldland an unseren Forsten treiben müssen, um nur einem Teil dieser Ansprüche gerecht zu werden. Deutschland hat seine Leistungsfähigkeit für dieses Jahr auf 1,44 Millionen Festmeter geschätzt, während die Reparationskommission 4,8 Millionen für 1922 gefordert hat.

Englischen Unwillen über den Verfehlungsbeschluß der Repko?

Der Beschluß der Reparationskommission über die angebliche Verfehlung Deutschlands in den Holzlieferungen wird in London als eine schwere Verwickelung der Lage gedeutet. Die englische Auffassung geht dahin, daß sich die Bestimmungen des Versailler Vertrages über ein absichtliches Verschulden Deutschlands nur auf die Barzahlungen, nicht aber auf die Sachlieferungen beziehen können, was schon daraus hervorgeht, daß für die Nichterfüllung der Sachlieferungen in den einzelnen Abmachungen besondere Sanktionen aufgestellt sind. Das französische Manöver wirkt umso unangenehmer, als es wahrscheinlich dazu gemacht ist, auf die bevorstehenden Pariser Besprechungen einen Druck auszuüben und sie in gewissem Sinne sogar vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Sir John Bradbury, das englische Mitglied der Reparationskommission, hatte mit Bonar Law eine Besprechung, an der auch der Vertreter des Handelsministeriums teilnahm. Sir Bradbury legte den Gründen auseinander, die ihn veranlaßten, sich von seinen Kollegen in der jetzigen Entscheidung der Reparationskommission zu trennen. Der Hauptgrund soll der sein, daß der englische Vertreter in dem Tag. Verfahren Deutschlands bei den Holzlieferungen einen zu geringen Verstand sieht, um damit die vorgesehenen Sanktionen zu rechtfertigen. Die Meldung, daß Frankreich vorläufig Sanktionen auf eigene Faust vornehmen will, hat in London eine große Beunruhigung hervorgerufen. Da indessen die Entscheidung darüber bis zur Konferenz am 2. Januar vertagt wird, herrscht in offiziellen englischen Kreisen völlige Ruhe und Vollar Bais hält es auch nicht für notwendig befunden, das englische Kabinett zu einer Besprechung zusammenzurufen.

Die Times schreibt:

Es sei von großer Bedeutung zu wissen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, daß es alles zahle, was irgendwie von ihm verlangt werden könne oder was es irgendwie zahlen könne, aber die deutsche öffentliche Meinung widersetze sich vollkommen der Ansicht, daß irgendwelche teilweisen Zwangsmaßnahmen von Deutschland herauszubekommen. Zu gleicher Zeit bedeute eine Anwendung die Gefahr einer weiteren Störung der ungeordneten Finanzlage Deutschlands und schließe jede Möglichkeit einer allmählichen Erholung aus, die allein regelmäßige und systematische Bezahlungen von Reparationen sicherstellen könnte.

Die interalliierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage von „Sanktionen" und Garantien für den Augenblick in den Hintergrund geschoben würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in eine Lage versetzt werden, sich ernstlich der Stabilisierung der Mark und der Ausgleichung des Budgets zu widmen. Da sie in ihrem augenblicklichen ungeordneten Zustand keine regelmäßigen Reparationszahlungen leisten könnten, müsse ihnen ein Moratorium gewährt werden.

Die in der französischen halbamtlichen Erklärung zum Ausdruck gekommene Tendenz scheint bedauerlich. Das Recht der französischen Regierung, die Grenze festzusetzen, die die Entscheidung der Reparationskommission nicht ziehen dürfe, stehe in dem Falle, daß die Strafe bereits durch die Kommission selbst vorgesehen sei, nicht einem Angeklagten zu. Durch einen solchen Schritt würde die Autorität der Reparationskommission als unparteiliche und nichtpolitische Einrichtung zerstört.

Frankreich droht.

Dem „Petit Parisien" zufolge scheint sich in England das Gerücht verbreitet zu haben, daß Frankreich von der Erklärung der Verfehlung Deutschlands Vorteil ziehen könnte, um eine isolierte Aktion einzuleiten, wenn nötig, auf dem rechten Rheinufer. Es heißt, schreibt das halbamtliche Blatt, man muß die Bedeutung des Ereignisses nicht unnötig übertreiben. Auf anderer Seite wird die festgestellte Teilverfehlung Deutschlands der französischen Regierung einen neuen Beweis geben, bei ihren Alliierten in einigen Tagen zu erreichen, daß

[illegible] Deutschland entgegen.

Eine schwedische Stimme über Frankreich.

Zur gegenwärtigen europäischen Lage schreibt die „Göteborgs Handelstidning":

Frankreich hat seine eigenen Interessen vor und über die Europas gestellt. Es war kurzsichtig genug, sich einzubilden, daß sein eigenes ökonomisches und finanzielles Leben durch die Zerstörung der Werte, die seine Staatskunst bewirkt, nicht ebenfalls ungünstig beeinflußt werden würde. Die allgemeine Meinung in den übrigen Ländern ist sich indessen immer mehr darüber klar geworden, daß Frankreich, und Frankreich allein, den Wiederaufbau nach dem Kriege verhindert hat und weiter verhindert. Auch aus den Vereinigten Staaten wird berichtet, daß diese Ansicht sich dort überall befestigt hat. So wird Frankreich immer mehr isoliert. Eine solche Lage birgt aber große Gefahren für die Zukunft.

Vor dem 2. Januar.

Mussolini bleibt?

Mussolini hat beschlossen, nicht selbst am 2. Januar an der Beratung in Paris teilzunehmen, sofern nicht England durch den Verzicht auf die Kriegsdarlehne die tatsächliche Lösung des Reparationsproblems ermöglicht. England und Frankreich seien nicht einig. Auch die kleineren Verbündeten brächten Sonderprojekte vor, sodaß Mussolinis Denkschrift, die die einzige mögliche Vergleichsbasis enthalte, keine Aussicht habe, angenommen zu werden. Mussolini könne aber seine in Italien drängenden Arbeiten nicht verpassen, um den Beobachter in Paris zu spielen. Zudem widerstrebe es ihm, nach den Erfahrungen der letzten Auslandsreise, Gegenstand der Neugier des Auslandes zu sein und unwillkürlich in die ausländischen Parteikämpfe hineingezogen zu werden.

Mussolini hat in der Tat eine Note an das englische und französische Außenministerium gerichtet, in der erklärt wird, daß er sich auf der Pariser Konferenz am 2. Januar nur einfinden werde, wenn Frankreich und England ihm die Zusicherung gäben, daß das Reparationsproblem ein für allemal gelöst werde. Es wird weiter darin ausgeführt, daß die europäischen Staatsmänner ihre Ansicht kundgeben müßten, denn die Epoche der fruchtlosen Konferenzen müsse zu Ende sein.

Nach einer eben eingetroffenen Depesche erklärte Ministerpräsident Mussolini im gestrigen Ministerrat, er werde am 2. Januar nicht nach Paris gehen, weil die fehlenden diplomatischen Vorbereitungen für die Pariser Konferenz es unmöglich machten, eine definitive Lösung des Reparationsproblems zu erzielen. Die italienischen Botschafter in London und Paris Torretta und Avezzano werden Italien vertreten.

Die englische Regierung.

Die englische Regierung arbeitet an den Vorschlägen für die Pariser Konferenz. Da jedoch von französischer Seite bisher kein Gesamtprogramm vorgelegt wurde, dürfte auch Bonar Law kein Gesamtprogramm in Paris unterbreiten, sondern sich mit einer Reihe einzelner Vorschläge begnügen, die sich vor allem auf die deutsche Finanz- und Geldreform und die Aufnahme einer internationalen Anleihe und andere Maßnahmen beziehen werden, die nach englischer Ansicht die Besetzung des Ruhrgebietes überflüssig machen werden.

Den Blättern zufolge wird Bonar Law heute im Kabinettsrat den neuen Reparationsplan unterbreiten, der die Herabsetzung der deutschen Schuld mit Strafmaßnahmen bei Verfehlungen vorsieht. Falls das Kabinett den Plan billigt, wird er der Pariser Konferenz vorgelegt werden.

Zur Krisis in Lausanne.

Die sechsunddreißig Tage, die für die Konferenz von Lausanne vom Anfang an kennzeichnend war, hat sich auch über die Weihnachtstage nicht erleichtert. Im Gegenteil, je näher man der Vertrauensfrage rückt, zu einem Abschluß zu gelangen, umso schärfer prallen die Gegensätze aufeinander und umso drohender wird die Gefahr, daß die Konferenz ergebnislos auseinandergeht. Neuerdings wird von den Alliierten den Türken gegenüber mit sehr feinem Tenk gearbeitet, und es wird angekündigt, daß bei einer Fortdauer der Politik, die die Regierung von Angora ihren Delegierten in Lausanne aufgetragen hat, wahrscheinlich ein gemeinsames Kollektiv der alliierten Mächte den Türken vorgelegt und diese vor die schicksalsschwere Frage gestellt werden dürften, ob sie diese Bedingungen endgültig annehmen oder ablehnen. Dabei scheint es, daß die größten Schwierigkeiten nicht einmal auf Seiten der Türken liegen, trotzdem die von ihnen ausgehenden Widerstände immer wieder in den Vordergrund gerückt werden, daß vielmehr die Haltung der russischen Delegation mindestens ebenso sehr, wenn nicht mehr zur Erschwerung der Verhandlungen und zur Verhinderung eines positiven Ergebnisses beiträgt. Auch die letzten Informationen deuten nämlich darauf hin, daß in der Meerengenfrage nicht die Türken, sondern die Russen die Unnachgiebigen sind. Es verlautet, daß die russische Delegation entschlossen sei, einfach ihre Unterschrift unter das vorzulegende Protokoll über die Meerengenfrage zu verweigern und dadurch die Lösung, die von den Westmächten angestrebt wird, zu durchkreuzen. Die Türken dagegen dürften in der Meerengenfrage zu einem weitgehenden Entgegenkommen bereit sein, versteifen sich aber in der Minderheitenfrage auf ihren Standpunkt, der in schroffem Gegensatz zu der Haltung Englands und Frankreichs steht. Die Vermutung taucht auf, daß die türkische Nachgiebigkeit hinsichtlich der Meerengen veranlaßt ist durch noch nicht erkennbare, aber jedenfalls ziemlich weitgehende Konzessionen von englischer Seite, mit denen die englische Politik einen Ausgleich für ihre anderen Interessen zu erwirken hofft. Man betrachtet jedenfalls die Lage in Lausanne als äußerst kritisch, doch hat die Konferenz ja schon mehrere derartige gefährliche Stadien hinter sich, und man wird auch diesmal gewiß alles versuchen, ihren Abbruch hintanzuhalten.

Der Plan einer internationalen Wirtschaftskonferenz.

Das Reuterbureau meldet aus Washington: Die erste offizielle Andeutung über die Stellungnahme des Präsidenten Harding zur Frage einer internationalen Wirtschaftskonferenz erfolgte gelegentlich der Rede von Lodge im Senat, wo dieser darauf drang, daß der Präsident nicht behindert werden solle bei den Bemühungen, welche er gegenwärtig unternimmt.

Das Staatsdepartement hat es abgelehnt, sich zu äußern, aber es verlautet, daß Präsident Harding ernstlich in Erwägung zieht, dem Senat ein Schreiben zu senden, in welchem er Mitteilung über die Verhandlungen machen und sein Bedauern über das Eingreifen des Kongresses aussprechen werde, welches seine Bemühungen vielleicht behindern könnte.

Es verlautet ferner, daß Harding verschiedene Mächte darüber sondiert hat, ob eine Wirtschaftskonferenz erwünscht sei. Ueber die Frage, ob diese Konferenz in Amerika abgehalten werden solle und ob Amerika daran teilnehmen solle, ist indessen nichts bekannt geworden.

Kleine politische Meldungen.

Freie Zeitungswahl in der Reichswehr. In einem Erlaß an die Befehlshaber der Reichswehr macht der Reichswehrminister darauf aufmerksam, daß laut § 30 des Wehrgesetzes die Angehörigen der Wehrmacht das Recht haben, nach freier Wahl Zeitungen zu halten, und daß das Recht, einzelne Zeitungen aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung zu verbieten, nur dem Reichswehrminister zusteht. Von keiner Dienststelle aus darf irgendwelche Propaganda für [illegible]

[illegible] Zeitungen nur [illegible] werden. [illegible] in Zentral-Bahnhöfen [illegible] in den [illegible] unparteiisch zu entsprechen.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" im Rheinland. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" sind [illegible] im besetzten Rheinland verboten worden wegen Artikels über Französische Rheinlandpolitik, der geeignet, die Würde der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen.

Aus Polen. Das neue polnische Kabinett [illegible] neben den reaktionären Wustschitzen energisch zu verfahren. Rädelsführer sind verhaftet, die bayerischen [illegible] sind beschlagnahmt worden. Wirklichen Frieden [illegible] wird es erst dann haben, wenn er von der [illegible] politischen Tradition der Mißhandlung der Minderheiten, auf die er sich stützen muß, abgeht. Ebenso wird [illegible] ihm geplante Finanzreform nur dann Erfolg haben, wenn er die Oberausgaben auf ein Maß zurückführt, [illegible] Bevölkerungsziffer und den wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes entspricht.

Reaktionäre Reformen Mussolinis. Mussolini [illegible] seine versprochene Reform im Innern mit ganz [illegible] reaktionären Maßnahmen: Verlängerung der [illegible] Wehrpflicht, Aenderung des Schulwesens nach [illegible] Wünschen, Bekämpfung der Freimaurer, die in den [illegible] Ländern wie bekannt politisch eingestellt sind, [illegible] Wahlorganisationen der antiklerikalen Parteien darf [illegible] die Wünschen wird das faszistische Abzeichen, das „[illegible]del" geweiht. Wenn Mussolini mit dem Viktorio[illegible] die Adlern des alten Rom wieder aufleben läßt, mi[illegible] auch warnend die Erinnerung auftauchen, daß dicht [illegible] Kapitol der tarpejische Fels stand.

Schwere Zusammenstöße in Italien. Aus Mailand [illegible] während der Feiertage Meldungen eingelaufen von [illegible] Zusammenstößen in Mailand und Turin [illegible] Kommunisten und Faszisten. Seit Dienstag [illegible] scheint der Telegraphenverkehr in ganz Oberitalien [illegible] zu sein. Die letzten Berichte vom Dienstag früh nennen Mailand über 50 Verletzte und für Turin [illegible] Die Unruhen haben anläßlich kommunistischer Umzüge [illegible] Abend begonnen, die von den mobilgemachten [illegible] gruppen durch Waffengebrauch gegen die Demonstranten [illegible] stört wurden.

Die Heimkehr der letzten Kriegsgefangenen.

Ein Sachse noch krank in Toulon.

Die von Millerand begnadigten letzten [illegible] Kriegsgefangenen sind mit Ausnahme des Kriegsgefangenen Otto Reuter aus Ehrenfriedersdorf seit langer Zeit krank ist und dreimal operiert wurde, Sonntag in Begleitung eines französischen Kommissars in Ludwigshafen eingetroffen. In Mannheim, wo die Heimkehrer im Union-Hotel untergebracht wurden, bereitete die Bevölkerung ihnen eine begeisterte Begrüßung. Eine Reihe von Festlichkeiten wurde ihnen zu Ehren veranstaltet. Die Gefangenen wurden im Januar aus dem Zuchthaus zu Avignon nach La Malgue bei Toulon gebracht. Nach ihren Aussagen war die Behandlung gut. Von ihrer Begnadigung [illegible] die wegen geringfügiger Vergehen insgesamt zu [illegible] ren Zuchthaus Verurteilten am 20. Dezember [illegible] Zeitungen. Am Mittwoch reisten sie von Mannheim [illegible] Stuttgart, um von dort in die Heimat entlassen [illegible] werden.

Vom Stadtrat zu Ehrenfriedersdorf wird [illegible] daß Reuter noch nicht transportfähig war, da [illegible] einer dritten Operation unterziehen mußte. Er [illegible] sich noch in einem Lazarett in Toulon.

Von Stadt und Land.

Aue, 29. Dezember

Weihnachts-Amnestie in Sachsen. Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sind im Geschäftsbereich des sächsischen Justizministeriums 156 Strafgefangene in Freiheit gesetzt worden. Der Kirchberger Raubmörder Voigt, der am 15. Juli [illegible] verurteilt wurde, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus [illegible] worden.

Wenn die Aehren reifen.

Erzählung von Leontine von Winterfeld-Platen.

(Schluß.)

22. Kapitel.

Ja, Ursula Volten hatte sie herausgesungen aus dem Nebel, daß sie die Richtung des Landes wiederfanden.

Als man Frau von Haldom ohnmächtig ins Haus getragen und Aline Flutus mit ihr ging, als alle Neugierigen sich kopfschüttelnd zerstreut hatten, war Ursula allein am Strande geblieben. Es war, als zwinge sie eine unsichtbare Macht, nicht von der Stelle zu weichen. Denn wenn die Kinder nun doch noch unterwegs waren und im Nebel herumirrten? Wenn —? O Gott, das war ja aber doch undenkbar — unmöglich! Alle sagten es doch, daß sie längst umgekehrt sein müßten, längst wieder zurückgefahren nach Neuwerk, weil der Nebel ihnen zu dicht war. Und der Kutscher sollte ja so verständig sein.

Und trotzdem! Trotz all dieser Vernunftgründe und Einwendungen konnte und konnte Ursula nicht fort. Regungslos wie zu einer Bildsäule erstarrt stand sie am Strand. Sie fühlte nicht die nasse Kälte des Nebels, die sich mit feuchten Armen um ihre Glieder legte. Sie lauschte hinaus in das Dunkel, dahin, wo langsam aber beständig die steigende Flut zu rauschen begann.

Wie der Nebel wogte und glitt — stieg und fiel.

Wie das Meer da draußen unheimliche Sterbelieder sang! Ursula fuhr hoch. Wenn da im Nebel jemand irrte, dann mußte man ja rufen, schreien, daß er das Land nicht verfehlte.

Da schrie Ursula hinaus in die Nebelnacht, daß sie zusammenschrak vor ihrer eigenen Stimme.

Aber die Flut sang lauter.

Ihr schwaches Rufen konnte unmöglich weit gehört werden. Da stürzte sie zu der glasüberdeckten Veranda, aus der man [illegible] die gedämpfte Musik vernahm.

Jetzt saßen die Musikanten im stickigen, zigarrenraucherfüllten Saal und spielten schmelzende Walzer.

Mit wehendem, feuchtem Haar stand Ursula vor dem Podium und hob beide Arme. Mitten im zartesten Adagio brach die Musik jäh ab. Ihr Gesicht war weiß wie der Tod. Sie wies auf das Wattenmeer, das die Wellen der Flut zu überspülen begannen.

„An den Strand! Die ganze Musik an den Strand! Es sind welche im Nebel, die sich nicht heimfinden können!"

So schrie sie in den dunstigen Saal.

Die Männer sahen sie an und dachten, sie wäre irre geworden. Aber wieder hob sie beschwörend die Arme und bot ihnen höchsten Lohn, wenn sie mitkämen. Es entspann sich eine lange Debatte zwischen Wirt und Gästen und der Musik.

Bis sie endlich Ursulas Flehen nachgaben und mit an den Strand gingen. Lächelnd und kopfschüttelnd folgten einige der Gäste dem sonderbaren Schauspiel. Die übrigen zogen es vor, in dem warmen Saal bei ihrer Zigarre zu bleiben.

Die arme Frau! Sie litt sicher an Wahnbildungen. Das war doch ausgeschlossen, daß die Ihrigen noch im Watt waren. Dann ein Marsch, ein Lied — was den Musikanten gerade einfiel.

Neugierige Badegäste strömten von allen Seiten zum Strande, nachzusehen, was dies eigenartige Spiel zu bedeuten habe. Und jeder schüttelte den Kopf über das sonderbare Gebaren dieser Frau. Aber Ursula ließ sich nicht beirren. Wenn sie aufhören und fortgehen wollten, bot sie unerhörte Summen. Das hielt die murrenden Musikanten immer wieder fest.

Aber endlich war es ihnen doch zu viel.

„Wir können hier doch nicht die ganze Nacht stehen. Man holt sich ja Rheumatismus bei dem nassen Wetter. Der Nebel wird auch immer dichter. Und die Flut ist auch schon da."

Es murrte es durcheinander. Von einem zum anderen ging Kopfnicken — Kopfschütteln — [illegible]

„Nur noch ein Lied, ein einziges! Dann [illegible] auch nach Hause gehen."

Und als sie nicht mehr wollten, stimmte [illegible] ihr nichts anderes einfiel, mit zitternder Stimme [illegible] Niederländische Dankgebet an, und einer aus der [illegible] senden Menge, der die große Not dieser Frau nicht [illegible] tatenlos mit ansehen konnte, fiel in das Lied [illegible]

„Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten."

Da sangen es die Zunächststehenden mit — [illegible] mehr — immer mehr!

Rauhe Fischer im Werktagskleid und modern[illegible] gäste im Smoking.

„Er waltet und haltet
Ein strenges Gericht!"

Und jetzt sangen sie es alle. Wie ein gewaltiger Chor, der unter einem unsichtbaren Zwange stand, trugen sie es zum Nachthimmel empor. Viele wußten gar nicht warum sie hier standen, warum man sang, aber was die anderen taten, taten sie mit.

Da wollten sich die Musikanten nicht lumpen lassen. Das konnten sie auch spielen. Und schmetternd setzten die Trompeten ein.

„Sein Name sei gelobt,
Er vergißt unser nicht!"

Gewaltigeres Symphonie war nie zum Dunklen Himmel emporgestiegen.

Es riß jeden einzelnen so gewaltig mit, daß er [illegible] in diesem Augenblick.

So ging es volle drei Verse hindurch — anfangs [illegible] zu nie geahnter Kraft und Gewalt.

Sie fühlten nicht mehr den Nebel — sie hörten [illegible] mehr die Flut. Sie standen da als Diener eines [illegible] ren. Und dann geschah das Unglaubliche.

Ganz fern aus dem Nebel tauchten Gestalten [illegible] schwankten und taumelten und kamen näher. Es [illegible] schwollen im namenlosen Schauer Menschenstimmen [illegible] Trompeten:

„Du Gott warst ja mit uns,
Ein Sieg — es war dein!"

[illegible] Verbandes [illegible] in seiner letzten Sitzung mit der [illegible] Gewalt zwingen Sparsamkeit und Not zur Einschränkung des Luxusverbrauchs. Aber es wurde von berufenen Stellen der Ausfuhrindustrie auf den Schaden hingewiesen, den uns gewisse unkluge Einschränkungen und Belastungen unserer Einfuhr bringen. Wenn wie z. B. durch starke Zollerhöhungen oder Einfuhrverbote die Einfuhr von brasilianischem Kaffee oder von Salpeter aus Chile oder von Wein aus den südeuropäischen Staaten stark einschränken, so treffen wir wertvolle Hauptausfuhrartikel dieser Länder und dürfen uns nicht wundern, wenn diese Länder dann auch von uns nichts kaufen wollen und unserer Ausfuhr Schwierigkeiten machen. Es handelt sich hierbei um überaus wichtige und für die Zukunft noch sehr ausbaufähige Absatzgebiete der deutschen Industrie. Der Vorstand des Verbandes prüfte die neueren Erfahrungen, die gerade auf diesem Gebiete vorliegen und wird entsprechende Darlegungen den beteiligten Reichsministerien sowie dem Reichswirtschaftsministerium unterbreiten.

Verschlechterte Lage der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Aus der sächsisch-thüringischen Textilindustrie schreibt man, daß sowohl in Spinnereien wie Webereien sich ein schwächerer Geschäftsgang bemerkbar macht und in vielen Betrieben nur noch drei und vier Tage in der Woche gearbeitet wird. Infolge der Steigerung der Rohstoff- und Kohlenpreise schwächt sich das Inlands- und Auslandsgeschäft merklich ab. Die Aufträge, namentlich aus Großgroßhandelskreisen, gehen nur schwach ein. Wie überall, so besteht auch hier die Hauptschwierigkeit in der Betriebsmittelbeschaffung, welche die Entwertung unserer Zahlungsmittel zur Folge hat. Diese Schwierigkeit scheint ihre Auswirkung darin zu erhalten, daß mehr und mehr Privatfirmen ihre Unternehmen in Aktiengesellschaften umwandeln, um die Betriebsmittelbeschaffung auf breiterer Grundlage zu gestalten.

Zur Personalverminderung der Reichsbahn. Die starke Belastung der Wirtschaft durch die Reichsbahntarife, die zur Erhaltung des Gleichgewichts in Einnahmen und Ausgaben erforderlich sind, verlangt, wie in der Oeffentlichkeit anerkannt wird, auch durchgreifende Maßnahmen in Ersparung von Material und Personal. Die durch Indiskretion in die Presse gelangte Mitteilung über einen Abbau von 20 000 Beamten und Arbeitern ist in den Einzelheiten noch keineswegs festgelegt, doch entspricht ein derartiger Abbau den Absichten des Reichsverkehrsministers. Selbstverständlich sollen von dem Abbau nicht diejenigen Teile des Unternehmens getroffen werden, bei denen die nötige Arbeitsintensität erzielt ist, sondern es sollen die noch vorhandenen unproduktiven Kräfte erfaßt werden. Der Abbau wird sich nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf solche Teile der Beamten erstrecken müssen, die erst verhältnismäßig kurze Zeit als Beamte eingestellt sind und bei denen noch kein unkündbares Verhältnis vorliegt. Die Einzelheiten der noch zu treffenden Maßnahmen werden in den ersten Januartagen mit dem Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrat erörtert werden. Diese sind von den Mitgliedern der Verwaltung, wonach das jetzt fast zwei Jahren eingeleitete Abbauprogramm unter allen Umständen weitergeführt werden muß, bereits in Kenntnis gesetzt.

Neuerungen im Eisenbahn-Personenverkehr. Am 1. Januar 1923 treten außer einer allgemeinen Erhöhung der Fahrpreise eine Anzahl weiterer Neuerungen im Eisenbahn-Personenverkehr ein. Zunächst wird die Fahrpreisermäßigung für Schulfahrten derjenigen für Studierende akademischer Anstalten gleichgestellt, so wird daher nunmehr auch in 2. Wagenklasse, sowie auch für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken (z. B. zum Besuche von Theater- und Konzertvorstellungen), wie auch an Sonn- und Festtagen gewährt. Die Vormerkgebühren für die Vorausbestellung von Platzkarten in den D-Zügen sind für die 1. Klasse auf 200 Mark, für die 2. Klasse auf 100 Mark, für die 3. Klasse auf 50 Mark erhöht worden. Die Bahnsteigkarten kosten künftig 20 Mark, die Fahrradkarten 80 Mark. Die Gebühr für Aufbewahrung der Fahrräder von Zeitkarteninhabern ist monatlich auf 960 Mark, wöchentlich auf 90 Mark erhöht worden. Das Lagergeld für nicht rechtzeitig abgenommenes Gepäck und Expreßgut beträgt pro Tag und Stück 60 Mark, die Aufbewahrungsgebühr für Handgepäck 30 Mark, für Fahrräder 120 Mark täglich. — Die Vergünstigung der Schülerferienkarten wird nur gegen Vorlage eines Personalausweises gewährt, der mit Lichtbild versehen sein muß und bei Schülern staatlicher oder städtischer Anstalten auch von der Schulleitung ausgestellt sein kann. Die Schülerferienkarten werden auch auf Studierende von Hochschulen für Leibesübungen ausgedehnt.

[illegible] Verfassung [illegible] grundlegende Reform, insbesondere die Aufhebung der sogenannten Alt-Verfügung, die Zulässigkeit der Bildung von Jagdbezirken auch unter 300 Ader, die Neuregelung des Jagdrechtes der Jagdgenossenschaftsmitglieder. Weiter wird in dem Antrag der Reich einer Jagdgesetzgebung gefordert, die Bestimmungen über gleitende Jagdpacht und Bracheabschuß treffen soll. — Dem Landtag liegt auch ein sozialdemokratischer Antrag vor. Der aber viel weiter geht. Insofern er eine Sozialisierung der Jagd bezweckt. Demnach soll jede bestehende Jagdregelung aufgehoben werden und jeder Staatsbürger ermächtigt sein, auf Grund eines vom Staate erhaltenen Jagdscheins die Jagd auszuführen, wo er will. Die Sozialdemokraten fußen dabei auf Einrichtungen, wie sie in anderen Staaten, z. B. in Italien getroffen werden sind. Sie vergessen aber dabei, daß diese Einrichtungen zu einer Ausrottung des Wildes geführt haben.

* * *

Ehrenbürgerschaft. Gemeindevorstand Lehner in Burkhardtsgrün ist hier als Gemeindevorstand gewählt worden.

Neudorf. Innerhalb acht Tagen sind in einer hiesigen Familie drei Personen gestorben: Vater, Mutter und Tochter. Die Mutter erlag der schon Kopf den Folgen eines Unglücksfalles, Vater und Tochter starben an der Grippe und wurden am 3. Feiertag gemeinsam beerdigt.

Chemnitz. Die Umbenennung von Straßen und Plätzen. Nach einer Notverordnung sollen nun 176 Straßen umbenannt werden: Moritzstraße in Bahnhofstraße, Albertstraße in Am Hauptbahnhof, Friedrich-Franz-Straße in Mathenia-Straße, Wettinerstraße in Bebel-Straße, Kaiserplatz in Gerhart-Hauptmann-Platz, Königsplatz in Theaterplatz. Die Abstimmung im Rat war nicht einmütig. Eine Mehrheit war gegen jede Umbenennung, eine starke Minderheit gegen die Umbenennung von Geschäftsstraßen. Der Rat hat diese Frage nicht zum Gegenstand eines Konflikts machen wollen. Im Stadtverordneten-Kollegium wurde die Umbenennung der Straßen nach der Ratsvorlage mit 50 gegen 19 Stimmen genehmigt. — Auch die Umbenennung der Hartmannstraße in Karl-Marx-Straße wurde, obwohl Bürgermeister Arlart rief: Das kostet erneut 200 000 Mark, von der kommunistisch-sozialistischen Mehrheit des Hauses genehmigt.

Dresdner bei Kirchlich. Einbrecher. Hier wurde nachts in das Schloß des Rittergutes eingebrochen. Die Besitzerin des Schlosses erwachte jedoch und schlug sofort Lärm, wodurch zwei Einbrecher verscheucht wurden. Als die Täter sich ein Stück vom Schlosse entfernt hatten, gab einer von ihnen einen Schuß ab. Die Gesamtbeute der Diebe beträgt ziemlich 1½ Million Mark.

Sprechsaal.

Unter Rubrik dient zum freien Meinungsaustausch unserer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die preßgesetzliche Verantwortlichkeit.

Mietzinszahlung Oktober—Dezember 1922.

Die gestrige Ausgabe des Auer Tageblattes enthält u. a. auch eine Berechnung der gesetzlichen Miete in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922, die den Anschein erweckt, als ob die dort ausgelegte Berechnung für die Stadt Aue maßgebend sei. Demnach so. Für die Stadt Aue gilt nur die Berechnungsart, die der Stadtrat in einer Bekanntmachung vom 25. November 1922 im „Auer Tageblatt" bekanntgegeben hat. Hiernach stellt sich die Miete ab 1. Oktober auf das Fache der Friedensgrundmiete. Sollten die Betriebskostenzuschläge in Höhe von 150 Prozent nicht ausreichen — über die Betriebskosten haben die Vermieter Rechnung zu legen — dann wird der sich noch notwendig machende Betrag prozentual nach der Grundmiete auf die gesamten Wohnungsinhaber des Hauses umgelegt, aber nicht etwa nach der Kopfzahl der Inhaber einer Wohnung, wie das in dem Artikel des Auer Tageblatt bei den Posten Grubenräumung und Wassergeld vorgeführt wird.

Albin Wilhelm.

Wir bemerken hierzu, daß die von uns bekannt gegebene Berechnung der gesetzlichen Miete auf Orientierung in Hausbesitzerkreisen beruht und von Sachkundigen geprüft worden ist, daß sie richtig und maßgebend ist. Die Schriftleitung.

Steuerabzug ab 1. Januar 1923.

Vom Finanzamt Aue wird uns geschrieben: Die Sätze, um die sich der vom Arbeitslohn (Bar- und Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermäßigt, betragen vom

[illegible]

monatlich [illegible] Mk. (bisher [illegible]).

5. zur Abgeltung der nach § 13 zulässigen Werbekosten (Fahrgeld usw.) monatlich 1000 Mk. (bisher [illegible]).

Die Ermäßigungen in Höhe von [illegible] Mk. und 1000 Mk. sind bei Lohn nach dem 31. Dezember 1922 erfolgenden [illegible] nach diesem Zeitpunkt fällig gewordenem Arbeitslohn zu berücksichtigen. Der nach Berücksichtigung der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Mark nach unten abzurunden.

Der Arbeitgeber bleibt nach wie vor an die auf dem Blatt für jede Beschäftigung vermerkte Zahl von Familienangehörigen gebunden, er kann z. B. nicht, wenn auf dem Steuerbuch die Zahl für ein minderjähriges Kind vorgetragen ist, für ein inzwischen gekommenes weiteres Kind, für das eine Ermäßigung auf dem Buch noch nicht vorgetragen ist, eine weitere Ermäßigung berücksichtigen.

1. Unverheirateter Arbeitnehmer mit 60 000 Mk. Monatslohn. Ab 1. Januar 1923 sind von dem für den Monat Januar und für die folgenden Monate gezahlten Arbeitslohn einzubehalten: 6000 Mk. (5 v. H. von 60 000) + 1000 + 1000 = 8000 Mk. — 4000 Mk.
2. Verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder, dem vom Finanzamt eine Erhöhung des Werbungskostenpauschbetrages von 1 auf [illegible] Mk. jährlich zugestanden worden ist, mit einem Arbeitslohn von [illegible] Mk. Ab 1. Januar 1923 monatlich einzubehalten: 7000 Mk. — (200) + 200 + 1000 = 1400 Mk. 5600 Mk.
3. Verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern, Monatslohn 18 000 Mk. Ab 1. Januar 1923 wöchentlich einzubehalten: 1800 : 4 = 450 Mk. — (45 + 45 + 240 + 240 + 510 Mk. = 1080 Mk., abgerundet auf 1080 Mk.
4. Verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen und zwei vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen. Tageslohn 2000 Mk. Ab 1. 1. 1923 kein Steuerabzug mehr, da die Ermäßigungen bei 8 × 5 = 40 + 40 = 250 Mk. den an sich einzubehaltenden Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns (= 200 Mk.) übersteigen.

Maßgebend für die Berechnung des Familienstandes ist der Kalenderjahr 1923 ist der 10. Oktober 1922 (Tag der Personenaufnahme.)

Letzte Drahtnachrichten

Besprechung beim Reichskanzler.

Berlin, 29. Dezember. Die von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften angeregte Aussprache fand heute mittag beim Reichskanzler statt. Einleitend betonte der Reichskanzler, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Klassen an der Lösung der schwebenden Fragen zusammenzuarbeiten, und bedauerte, daß es bisher nicht zu einer Besprechung mit den Gewerkschaften habe kommen lassen. Die Spitzenverbände hatten ihre Wünsche vorher schriftlich unterbreitet und betrafen u. a. zunächst den zu erwartenden Brotpreis, die Frage, wie dessen Erhöhung der werktätigen Bevölkerung erträglich gemacht werden könne. Der Reichsernährungsminister erklärte hierzu, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens getroffen seien, daß sofort nach Feststellung des Ausgabepreises der Brotgetreidestelle neue Fühlung mit den betreffenden Stellen im Reiche und den Ländern und den wirtschaftlichen Vereinigungen genommen werden solle. Bei der Aussprache über das Reichseinkommensteuergesetz wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die starke Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hingewiesen, die sich als Folge der Geldentwertung und der verspäteten Steuerzahlung anderer ergebe. Der Reichskanzler wies auf den dem Reichsrat zur Abhilfe dieser Mißstände vorliegenden Gesetzentwurf und auf Bemühungen der Reichsregierung zur scharfen Erfassung und schnelleren Abgabe der Steuern hin. Zur Frage der Wohnungsfürsorge wurde darauf hingewiesen, daß die wesentlich gesteigerte Wohnungsbauabgabe verbunden sein müsse mit einer weitgehenden Einwirkung auf den Preis aller Baustoffe, insbesondere den Preis für Holz und weitere Voraussetzung der Beibehaltung der jetzigen Mietgesetzgebung sei. Die Erörterungen hierüber sollen mit den zuständigen Ressorts weitergeführt werden.

Die deutschen Vorschläge.

Berlin, 29. Dezember. Der Vossischen Zeitung zufolge sind die Beratungen über die deutschen Reparationsvorschläge im Reichskabinett soweit gefördert, daß ihre endgültige Formulierung unmittelbar bevorsteht.

Verhaftung von Landesverrätern.

Berlin, 29. Dezember. Den Blättern zufolge sind im Ruhrgebiet mehrere Personen verhaftet worden, die im Verdacht stehen, für die landesverräterischen Bestrebungen Smeets gearbeitet zu haben. Die Angelegenheit besteht jetzt den Oberreichsanwalt.

Gemeindearbeiterstreik in Thüringen.

Berlin, 29. Dezember. Wie der Lokalanzeiger aus Jena meldet, erstreckt sich der Streik der thüringischen Gemeindearbeiter bis jetzt auf 12 Städte, in denen sich vielfach Wasser- und Gasmangel bemerkbar macht. Heute soll im Reichsarbeitsministerium die Herbeiführung einer Einigung versucht werden.

Schiffsunfälle.

Hamburg, 29. Dezember. Wie das Achtuhrabendblatt meldet, brach im Hafen kurz nach Mittag an Bord des Dampfers Arcadia Feuer aus, das den ganzen unteren Teil des Schiffes zu erfassen drohte. Da sich unter den Stückgütern auch Kisten mit komprimierter Luft befanden, bestand außerordentliche Explosionsgefahr. Die Feuerwehr stellte 7 Schlauchleitungen in dem brennenden Raume eine Wand her, welche die letzten schützte. Hinter diesem wurden die gefährlichen Kisten ins Freie geschafft. Das Schiff hat verhältnismäßig wenig gelitten.

Hamburg, 29. Dezember. Der am 5. Dezember von Norfolk abgegangene Hamburger Dampfer Heinrich mit 44 Mann Besatzung ist bis heute nicht eingetroffen. Das stark überfällige Schiff ist vermutlich verloren. Der gleichen Reederei gehörige Jeanette Kaiser, die am 6. Dezember von Norfolk abging, ist heute mit leerer Vorpiek in Hamburg eingetroffen.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorbörslich mit 7548.

Und dann, als die Musik jäh in heißem Schreck vor dem Unfaßbaren abbrach, und man in der plötzlichen Totenstille nur die Flut rauschen hörte, stürzte Ulli Haldom zu Tode erwattet vor Ursula in die Knie.

„Es ist nicht der Wahnsinn, Tante Ursel — es ist nicht das Nichts und nicht der Zufall! Es ist der — zu dem ich nie gebetet habe!"

*

Letzte Spätsommersonne lag über der Heide, wo sie am purpurnsten blühte, klang ein jubelndes Lachen und Singen. Da saß Frau von Haldom mit ihren Vieren im roten Teppich und lauschte dem fernen Orgeln der Nordsee.

Es war ihr letzter Tag in Duhnen. Morgen sollte es zurück nach Gurzitz gehen. Wunderbar schnell hatten sich die Kinder von jenen Schreckensstunden im Watt erholt. Wären die beiden Kleinen durch das stete Barfußlaufen und die kräftige Seeluft nicht so abgehärtet gewesen, so hätten sie leicht einen größeren Schaden davontragen können. Nur Ulli war ernster und schweigsamer als sonst geworden und konnte nicht los von jenem starken Erlebnis. Er war unzertrennlich von Tante Ursula, an der die Kinder mit doppelter Liebe hingen, denn:

„Wolfi, sie hat uns das Leben gerettet," wie Lisel wohl täglich zehnmal zu ihrem Brüderchen sagte. Die Kinder hatten Kränze von Heidekraut geflochten, und Wolfi setzte sie Gerda und Lise auf die blonden Scheitel. Den Heimweg von Duhnen her kamen Theo und Tante Ursel den anderen nach.

Ulli lag auf dem Rücken und sah in die ziehenden Sommerwolken. Seine Seele träumte und sann und war voll Dank. Frau von Haldom zog ihre Schwester neben sich in die roten Blüten. Aneinandergelehnt saßen die beiden Frauen Hand in Hand und lauschten dem Geplauder der Kinder.

Ein großer Frieden war um sie.

Frau von Haldom sah Ursula in die Augen.

„Was wäre mir heute ohne dich? Eine verlassene Mutter ohne Kinder."

Ursula sah versonnen über das Wasser.

„Ich habe nur ein Werkzeug in Gottes Hand sein dürfen. Mehr nicht. Es ist nicht mein Verdienst."

Ueber die See her kam ein welcher Wind.

Von den strohgedeckten Dächern des Dörfleins stiegen feine Rauchwolken zum Abendhimmel. Jenseits des Knicks zog eine Schafherde heim. Jetzt wußte Ursula Bolten, warum sie ihr Leben hatte weiter erhalten dürfen, ihr einst an Hans Kasparks Grab zur Qual geworden. Und sie wußte, daß es für sie noch viel mehr hier zu tun gab. Da sah sie froh und stark in die untergehende Sonne.

*

Im Stift zu Bethlehem hängt auf einem der Korridore ein großes Bild. Das stellt nichts weiter dar als ein wogendes, erntereifes Kornfeld, das auf seinen Schnitter wartet.

Ursula Bolten, die nun schon lange als Schwester Ursula in diesen Räumen segensreich tätig ist, liebt dies Bild ganz besonders. Sie steht gerne davor, wenn es ihre vollbesetzte Zeit einmal erlaubt, und hat so ihre eigenen Gedanken darüber.

Sie denkt zurück an jene Zeit, wo sie das Feld noch nicht sehen konnte, das reif zur Ernte für sie war.

Jetzt weiß sie, daß für jeden einzigen auf der weiten Welt irgendwo Aehren reifen, die er schneiden muß. Für manchen reifen sie früh, für manchen spät. Er muß nur immer acht geben, daß er es nicht übersieht im Hören und Betriebe des Lebens, wenn die Aehren reifen.

Niemand darf davonlaufen vor seiner Aufgabe.

Ursula hat es einmal gewollt, da war sie unglücklich. Heute weiß sie, was ihr fehlte.

Heute kann sie es ausrufen mit Jeremias, dem gewaltigen Propheten:

„Herr, du hast mich überredet, und ich habe mich überreden lassen; du bist mir zu stark gewesen und hast gewonnen!"

— Ende. —

Vermischtes.

Kirchenbrand. Eine heftige Feuersbrunst ist in Quebec in Kirche Notre Dame ausgebrochen, die reiche Kunstschätze hat. Man befürchtet, daß die ganze Kirche in Raub der Flammen wird.

Hochofenunglück in Bochum. In der Hochofenanlage des Bochumer Gußstahlvereins war eine Undichtigkeit entstanden. Infolge eines mißverstandenen Signals stürzten drei Arbeiter in einer Ladung Koks in die Glut und verbrannten.

Vom Knecht mit Eisenstange erschlagen. In Ochsenwärder bei Hamburg wurde die 19 Jahre alte Tochter des Gemüsebauers in Abwesenheit der Eltern von einem älteren Knecht während des Melkens mit einer Eisenstange erschlagen. Anscheinend handelt es sich um ein Eifersuchtsdrama. Der Täter ist verhaftet.

Neuer Frauenmord in Berlin. Ein neues Verbrechen den Mordbereitschaftsdienst am Sonnabend nach dem Grunewald. Dort war von einem Spaziergänger in einem stark bewaldeten Teile halbwegs zwischen der Bahn- von Stadion und dem Rennplatz Ruhleben die Leiche einer u aufgefunden worden, die eine klaffende Schnittwunde im cht hatte. Nach den neuesten Feststellungen wurde die als die 41 Jahre alte, in Breslau geborene Martha ow geb. Kienast festgestellt. Der Tat dringend verdächtig ihr geschiedener Ehemann, der Maschinenarbeiter Paul kow. Er hatte sich der Frau wieder genähert und sie nach Grunewald gelockt, um sie dort zu ermorden und zu berauben. Zugleich steht Räckow im Verdacht, am 20. November dem Vorstiggelände einen Einbruch versucht und den ihm gegentretenden Wächter erschossen zu haben.

Kirchennachrichten.

St. Nicolai.

31. 12.: 9 Hauptg.: Oe. 11 Kinderg. A: Oe. KS Taufen: 5 Silvesterg., anschl. Abendmahl: L. Kirchenmusik: Silcrlied v. Vogel. Koll. f. Landeskirchenfonds. 1. 1: 9 ptg.: H. Kirchenmusik: 2 Motetten v. Schütz u. v. Hauptmann. KS Taufen: H. 7 Jungfrauenverein. Großmütter- 61—Ende Weihnachtsfeier i. Kochschule ab 2.

3. 1.: 8 Weihnachtsabend d. Frauenvereins i. Pfarrhaus. 1.: 8 Vorbereitung f. Kinderg. B: L.

Friedenskirche.

Sonntag nach Weihnachten: 9 Uhr Abendmahlsgottesdienst; 5 Uhr Sylvesteranbacht. Kirchenchor. Liederzettel 20 Gesangbuch mitbringen. 8 Uhr: Jahresschlußfeier der ctl. Pfadfinder in der Klosterkirche. Neujahrstag: 9 Uhr ptgottesdienst; 11 Uhr Kindergottesdienst. Donnerstag, 4. Januar: 8 Uhr Gustav-Adolf-Frauenverein.

Neuapostolische Gemeinde, Aue.
(Kapelle Schneeberger Straße 74.)

Sonntag (Sylvester), den 31. Dezember 1922: 8 Uhr nachmittag Gnadenabendgottesdienst. Freunde und Gäste sind herzl. willkommen.

Montag (Neujahr), den 1. Januar 1923: 9 Uhr vorm. und 7 Uhr nachmittag Gottesdienst. Freunde und Gönner sind herzl. willkommen.

Bekanntmachung den Steuerabzug betreffend.

Infolge der durch den Reichstag beschlossenen Aenderungen der auf die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes bezüglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ist

vom 1. Januar 1923

ab der Steuerabzug wie folgt zu bewirken:

Von dem Arbeitslohne ist wie bisher der Betrag von 10 vom Hundert als Steuer zu kürzen. Dieser Steuerabzugsbetrag ermäßigt sich jedoch vom 1. Januar 1923 ab wie folgt:

a) für den Steuerpflichtigen selbst um
200.— Mark monatlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate,
48.— Mark wöchentlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen,
8.— Mark täglich im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Tage,
2.— Mark zweistündlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume;

b) für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau um
200.— Mark monatlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate,
48.— Mark wöchentlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen,
8.— Mark täglich im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Tage,
2.— Mark zweistündlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume;

c) für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen bezw. nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen oder für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen um 1000.— Mark monatlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate, 240.— Mark wöchentlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen, 40.— Mark täglich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Tage, 10.— Mark zweistündlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume;

d) zur Abgeltung der sogenannten Werbungskosten (Abzüge nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 des Einkommensteuergesetzes) um
1000.— Mark monatlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate,
240.— Mark wöchentlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen,
40.— Mark täglich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Tage,
10.— Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume.

Auf Antrag wird eine Erhöhung der unter d) bezeichneten Beträge (für Abgeltung der Werbungskosten) zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 des Einkommensteuergesetzes den Betrag von 120 000 Mark um mindestens 10 000 Mark übersteigen. Der Antrag ist beim Finanzamt anzubringen.

In den Fällen, in denen der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit bezahlt wird, tritt vom 1. Januar 1923 ab an Stelle der Ermäßigung für den Familienstand und für die Werbungskostenabzüge eine feste Ermäßigung von 6 vom Hundert — statt wie bisher 5 vom Hundert des Arbeitslohns Der Steuerabzug berechnet sich somit nach 4 v. H. des Arbeitslohns.

Der nach Vornahme der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Mark nach unten abzurunden.

Erhöhungen in der Zahl der zum Haushalt zählenden Familienangehörigen und der zu unterhaltenden mittellosen Angehörigen gegenüber dem im Steuerbuche angegebenen Stande können ohne Rücksicht auf die Zahl der hinzugekommenen Personen in dem Steuerbuche vermerkt werden. Der Antrag ist wegen der Kinder bei der Gemeindebehörde, wegen der mittellosen Angehörigen beim Finanzamt zu stellen. Die erhöhte Ermäßigung tritt bei der ersten auf die Ergänzung des Steuerbuches folgenden Lohnzahlung in Kraft.

Der Arbeitgeber hat an Stelle der auf dem Steuerbuche für 1923 angemerkten Jahresgesamtermäßigung den Steuerabzug nach Maßgabe der nach den neuen Vorschriften sich ergebenden Jahresgesamtermäßigung vorzunehmen. Der Arbeitgeber ist jedoch nach wie vor an die auf dem Steuerbuch vermerkte Zahl der zu berücksichtigenden Angehörigen gebunden.

Soweit bei Beamten oder Angestellten die Zahlung des Gehalts vierteljährlich im Voraus erfolgt, wird die Berücksichtigung der ab 1. Januar 1923 zugelassenen erhöhten Ermäßigungen für die Monate Januar, Februar und März 1923 bei der Gehaltszahlung für das zweite Kalendervierteljahr 1923 nachgeholt werden.

Merkblätter und Steuerabzugstabellen sind von Anfang Januar 1923 ab beim Finanzamte zu haben.

Im übrigen wird auf die in der heutigen Nummer dieser Zeitung abgedruckten Pressenotiz im redaktionellen Teile hingewiesen.

Aue, am 27. Dezember 1922. **Das Finanzamt.**

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann.
Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellsch. m. b. H., Aue.

Knappschaft (1696) Aue
Die Leichenwagen-Steuer nunmehr sofort zu entrichten.
Der Vorstand.

Wettiner Hof Aue. Sylvester u. Neujahr, 8 Uhr **Muldentaler Sänger** mit neuem Programm.

Zentralhalle. Freitag, Sonnabend, Sonntag, sow. Neujahr **Varieté.**
Alle Programme! — Sonntag und Neujahr nachm. Fremden- und Kinder-Vorstellungen.

Leichtmotorräder!
Die neueste Errungenschaft der Technik.
Getriebe-Motore, 2 PS. Leerlauf = 2 Gänge garant. jed. Berg ziehend.
— Ständiges Lager. —
Reparaturwerkstatt aller Systeme.
Robert Morgner, Aue,
Bismarckstraße 35. Mechanikermeister Fernruf 641.

Taschenlampen Batterien Hülsen Birnen
sowie sämtliche
Schwachstrom- u. Kleinbeleuchtungs-Artikel — Rasierapparate u. -Klingen Feuerzeuge pp.
liefert zu konkurrenzlosen Fabrikpreisen
C. K. Leupold, Chemnitz, Victoria-Str. — Nr. 4. —
Verkaufs-Zentrale für Deutschland und Ausland der Batterie- u. Elementefabrik R. Weber, Chemnitz
Verkaufsdepot für das Erzgebirge:
Martin Buckwitz, Schneeberg, Mühlberg
Fernsprecher 202 — Nebenstelle.

Wohnungs-Tausch!
Sonnige 5-Zimmerwohnung in Schwarzenberg, Nähe Bahnh., sofort gegen 3—4-Zimmerwohnung in Aue zu tauschen gesucht. Angebote unt. A. T. 5745 an das Auer Tageblatt.

Möbliert. Zimmer
in Aue oder Auerhammer
von jungem Beamten per 15. Januar 1923 zu mieten gesucht. Angebote sind unter A. T. 5696 in der Geschäftsstelle ds. Blattes abzugeben.

Zöpfe
fertigt sauber und gut von dazugegebenen Haaren unter Garantie der Verwertung
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Tischler- u. Polstermöbel
aller Art kaufen Sie günstig bei
Möbel-Schmidt
Albertstr. 6 (kein Laden) Telph. 567.

Rohfelle u. Häute
kauft zu reellen Preisen
Kurt Junghans,
Fellhdlg., Ernst-Papst-Str. 19
(Auer Tageblatt) Fernruf 642

Völkerschlachtdenkmaltaler werden gekauft. Angebote unter A. T. 5728 an das Auer Tageblatt.

Wechselstrom-Motor,
1 PS., nur für Aue passend, zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gut erhaltene
Pianos
Flügel, Tret-Pianos, elektr. Pianos, Harmoniums bess. Marken kauft zu hohen Preisen
G. H. Schulze, Zwickau Sa.
Telephon 2153.

Suche für Ostern 1923 einen
Lehrling.
Walter Lorbeer,
Auto-, Wagen- und Möbel-Lackiererei.

Ein Kind
1/2 Jahr, wird bei guter Bezahlung in Pflege gegeben. Angeb. unter A. T. 5744 an das Auer Tagebl. erbeten.

Laden ohne Wohn. oder andere Räumlichkeit
zu mieten gesucht.
Angebote unter „A. T. 5740" an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kleine Anzeigen
haben guten Erfolg im
Auer Tageblatt.

Ring's
Lebensmittelhäuser
Aue i. Erzg.

Nur diese Woche
prima prima
gek. Schinken 1/4 Pfd. **325.-**
die beliebte
hess. Leberwurst in altbekannter Güte . .
wieder vorrätig,
sowie **alle anderen Wurst-Sorten**
zu billigen Preisen.

Abt.: Kolonialwaren.

Margarine
allerfeinste frische Ware . . Pfund **900.-**
Ia Hülsenfrüchte
in nur gutkochenden Qualitäten.
Ia. Hausm.-Nudeln
das Feinste . . Pfund **280.-**
Frucht-Konserven
noch zu alten Preisen.
Ia. Kunsthonig,
Ia. Marmeladen u. s. w.

Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft zu höchstem Tagespreis
Walter Wappler, Damenfriseursalon u. Perückenfabrik, Aue, E.-Papst-Str. 2, gegenüb. Kaufh. Schocken. Fernruf 520.

Für leere Weinflaschen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, neue Wäsche-Abschnitte und Metall-Abfälle zahle hohe Preise.
Diamant's Rohproduktenhandlg.
Bahnhofstr. 2
Fernruf 659 Ecke Markt Fernruf 659.

Erdal
Marke Rotfrosch — Schuhpaste
Werner & Mertz A.-G. Mainz